

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Kapitel 1: Einleitung	1
§ 1 Problemstellung und Untersuchungsgegenstand	1
§ 2 Gang der Untersuchung	5
Kapitel 2: Lizenz und Lizenzvertrag	7
§ 3 Nutzungsrecht und Vertrag	7
§ 4 Begriff der Lizenz	10
§ 5 Die Lizenzarten	32
§ 6 Die Rechtsnatur der Lizenz	46
§ 7 Der Patentlizenzvertrag	72
Kapitel 3: Voraussetzungen und Zielsetzungen der Erschöpfung	89
§ 8 Die Wurzeln des Erschöpfungsgrundsatzes und seine Rechtfertigung	90
§ 9 Wirkung und Voraussetzungen der Erschöpfung	118
Kapitel 4: Der vertragsüberschreitende Gebrauch	135
§ 10 Der vertragsüberschreitende Gebrauch im Patentrecht	135
§ 11 Der vertragsüberschreitende Gebrauch im Urheber- und Markenrecht	201

Kapitel 5: Das Zusammenspiel von Vertrag, Zustimmung und Erschöpfung	223
§ 12 Ausgangspunkt, Zielsetzung und Methodik	223
§ 13 Wechselwirkungen von Lizenzbeschränkung und Erschöpfungslehre	225
§ 14 Abgrenzung nach Regelungsbereich und Funktionen	244
Kapitel 6: Die patentrechtliche Zustimmung im Vertragsgefüge	269
§ 15 Rechtliche Qualifikation der patentrechtlichen Zustimmung	269
§ 16 Zustimmung und Vertragsnichtigkeit	286
Kapitel 7: Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	303
I. Ausgangspunkt und Ziel der Untersuchung	303
II. Lizenz und Lizenzvertrag	303
III. Voraussetzungen und Zielsetzungen der Erschöpfung	305
IV. Der vertragsüberschreitende Gebrauch	307
V. Das Zusammenspiel von Vertrag, Zustimmung und Erschöpfung	308
VI. Die patentrechtliche Zustimmung im Vertragsgefüge	309
VII. Schlussbetrachtung	310
Literaturverzeichnis	311
Register	327

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Kapitel 1: Einleitung	1
§ 1 <i>Problemstellung und Untersuchungsgegenstand</i>	1
A. Forschungsfeld Patentlizenzrecht	1
I. Diskrepanz zwischen praktischer Bedeutung und dogmatischer Konsistenz	1
II. Früher Pragmatismus und rudimentäre Regelungslage	2
B. Untersuchungsgegenstand und Zielsetzung	3
I. Der vertragsüberschreitende Gebrauch	3
II. Ziel der Untersuchung	4
§ 2 <i>Gang der Untersuchung</i>	5
Kapitel 2: Lizenz und Lizenzvertrag	7
§ 3 <i>Nutzungsrecht und Vertrag</i>	7
A. Die Unterscheidung zwischen Lizenz und Lizenzvertrag	7
B. Konsequenzen aus der Unterscheidung zwischen Nutzungsrecht und Vertrag	9
§ 4 <i>Begriff der Lizenz</i>	10
A. Die Entwicklung des Lizenzbegriffs im Patentrecht	11
I. Die Lehre von der negativen Lizenz in den frühen Jahren des Patentrechts	11
II. Die Neukonzeption der Lizenz als positives Nutzungsrecht um 1900	12
III. Die Verstärkung der Position des Lizenznehmers nach 1900	13
IV. Die Untersuchung der Lizenz in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts	15
V. Die Lizenz als positives Nutzungsrecht in der heutigen Zeit	17

B.	Die Bedeutung des Sukzessionsschutzes für die Begriffsbestimmung	18
C.	Abgrenzung der Lizenz zu ähnlichen Konstruktionen	19
I.	Die negative Lizenz in der modernen Literatur	19
1.	Die negative Lizenz als Lizenz im Rechtssinne	20
a)	Erweiterter Lizenzbegriff nach B. Bartenbach	20
b)	Bewertung anhand der Erschöpfungsdogmatik	20
2.	Weitere Einordnungen der negativen Lizenz	22
3.	Divergierende Interpretationen der „negativen Lizenz“	23
II.	Der Pactum de non petendo	25
III.	Die Gestattung	26
1.	Begriff der Gestattung	26
a)	Ausgangspunkt: Divergierende Interpretationen des Gestattungsbegriffs	26
b)	Die Gestattungslizenz	27
c)	Die Einordnung der Gestattung in einen weiten Lizenzbegriff	27
d)	Schuldrechtliche Einwilligung, Gestattung und Lizenz	28
e)	Stellungnahme: Die Gestattung als schuldrechtliche Vereinbarung ohne Sukzessionsschutz	29
2.	Patentrechtliche Wirkungen einer Gestattung	29
D.	Ergebnis: Die Lizenz als positives Nutzungsrecht mit Sukzessionsschutz	30
§ 5	<i>Die Lizenzarten</i>	32
A.	Ausschließliche und einfache Lizenz	32
I.	Die Herausbildung der Lizenzarten zu Beginn des 20. Jahrhunderts	33
1.	Die Unterscheidung zwischen ausschließlicher Lizenz und Genussrecht	33
2.	Die Erweiterung des Lizenzbegriffs in Literatur und Rechtsprechung	34
II.	Inhalt von einfacher und ausschließlicher Lizenz	35
1.	Charakteristika von einfacher und ausschließlicher Lizenz	35
2.	Abgrenzung zwischen einfacher und ausschließlicher Lizenz	36
B.	Die alleinige Lizenz	38
I.	Bedarf und Anerkennung	38
II.	Eigenständige Lizenzart	38
C.	Lizenzarten und Lizenzbeschränkungen	40
I.	Arten von Beschränkungen	40
1.	Beschränkung auf Benutzungsarten	41
2.	Beschränkungen in persönlicher Hinsicht	41

3. Räumliche Beschränkungen	42
4. Weitere Beschränkungen	42
II. Verhältnis von Lizenzarten und Beschränkungen	43
1. Gemeinsamkeiten und Unterschiede	44
2. Die Bedeutung der Rechtsnatur der Lizenz für die Typisierung von Lizenzen	45
§ 6 Die Rechtsnatur der Lizenz	46
A. Bedeutung der Klärung und Eingrenzung der Untersuchung	46
B. Die Auffassung von der (quasi-)dinglichen Rechtsnatur der Lizenz	48
I. Dogmatische Begründung und historische Wurzeln	48
II. Konsequenzen und Schwächen der Einordnung	50
1. Vereinbarkeit mit den sachenrechtlichen Grundprinzipien	50
2. Eigenschaften dinglicher Rechte bei der Patentlizenz	53
a) Abwehrbefugnis des Lizenznehmers	54
aa) Das eigenständige Klagerecht des Lizenznehmers gegen Dritte	55
bb) Abwehrrechte des Lizenznehmers gegen den Schutzrechtsinhaber	57
b) Der Sukzessionsschutz	58
c) Die Insolvenzfestigkeit von Lizenzen	59
aa) Ausgangspunkt	60
bb) Schwächen einer Lösung über die dingliche Rechtsnatur	60
3. Zwischenergebnis: Inkonsistenzen bei der Vereinbarkeit mit dem allgemeinen Zivilrecht	61
C. Die Lizenz als verdinglichte Obligation	62
I. Das Modell der verdinglichten Obligation	63
II. Konsequenzen aus dieser Einordnung	64
1. Das Klagerecht des Lizenznehmers	64
2. Der Sukzessionsschutz	64
3. Die Lizenz in der Insolvenz	66
D. Stellungnahme und Schlussfolgerungen	67
I. Die Lizenz als verdinglichte Obligation	67
II. Konsequenzen für das Verhältnis der Lizenzarten	68
1. Die Anzahl der nutzungsberechtigten Personen als einziges Unterscheidungskriterium	68
2. Die Eigenschaften der Lizenzarten im Rechtsverkehr	69
3. Lizenzarten und Beschränkungen	69
E. Ergebnis und Ausblick: Auswirkungen der Rechtsnatur auf den Untersuchungsgegenstand	70
§ 7 Der Patentlizenzvertrag	72
A. Risikostruktur und Interessenlage	72

I. Interessenlage	72
II. Der Patentlizenzvertrag als gewagtes Geschäft?	74
B. Vertragstypologische Einordnung	76
I. Anknüpfung an geregelte Vertragstypen	77
1. Der Lizenzvertrag als kaufrechtsähnlicher Vertrag	77
2. Anwendung des Miet- oder Pachtrechts	78
3. Der Lizenzvertrag als Gesellschaftsvertrag	80
II. Vertrag sui generis	80
III. Zwischenergebnis und Ausblick	82
1. Unterschiedliche Lösungen und ähnliche Ergebnisse	82
2. Der Vertrag sui generis als Chance	82
C. Verträge über technisches Wissen	83
I. Technologietransfer-Vereinbarung	84
II. Forschungs- und Entwicklungsvertrag	84
III. Know-how-Vertrag	85
D. Ergebnis: Bedeutung des Bestandsrisikos und Vertrag sui generis ...	86

Kapitel 3: Voraussetzungen und Zielsetzungen

der Erschöpfung	89
§ 8 <i>Die Wurzeln des Erschöpfungsgrundsatzes und seine Rechtfertigung</i>	90
A. Die Entwicklung des Erschöpfungsgrundsatzes im deutschen Recht	90
I. Die Entwicklung der Erschöpfungslehre unter Josef Kohler	90
1. Die frühe Lehre von der stillschweigenden Lizenz	90
2. Die Lehre vom Zusammenhang der Benutzungsarten	91
II. Der Erschöpfungsgrundsatz in der nationalen Rechtsprechung	93
B. Immaterialgüterrechte und Erschöpfung im Unionsrecht	96
I. Ausgangspunkt: Binnenmarktziel und Immaterialgüterrechte im Unionsrecht	96
II. Bestand und Ausübung von Schutzrechten	98
1. Die Entwicklung der Formel von Bestand und Ausübung	98
2. Bedeutung der Formel	100
III. Der spezifische Gegenstand des Schutzrechts	101
1. Die Bestimmung des spezifischen Gegenstands durch den EuGH	101
2. Deutungshoheit über die Bestimmung des spezifischen Gegenstands	103
a) Der Diskurs um die supranationale Auslegung	103
b) Bedarf nach einer supranationalen Auslegung	104
3. Spezifischer Gegenstand und das Verhältnis von Kartell- und Patentrecht	106
IV. Die Wurzeln der Erschöpfungslehre im Unionsrecht	108

C. Rechtfertigung und Wesen des Erschöpfungsgrundsatzes	110
I. Rechtfertigung und Zielsetzung der Erschöpfungslehre	110
1. Theoretisches Fundament und zugrundeliegende Wertungen	110
2. Belohnungs- und Verkehrsgedanke in der Rechtsprechung des EuGH	112
II. Das Wesen des Erschöpfungsgrundsatzes	114
1. Der Erschöpfungsgrundsatz als abstrakte Interessenabwägung	114
2. Ipso-iure-Geltung und rechtshindernde Einwendung	115
D. Ergebnis: Die Bedeutung des theoretischen Fundaments	117
§ 9 <i>Wirkung und Voraussetzungen der Erschöpfung</i>	118
A. Wirkung der Erschöpfung	118
I. Erschöpfung, Verbrauch, Konsumtion oder Gemeinfreiheit?	118
II. Objektbezogenheit und Erschöpfung bei Erzeugnissen	119
III. Erschöpfung von Verfahrenspatenten	121
B. Inverkehrbringen des geschützten Gegenstands	121
I. Inverkehrbringen zum Zweck der Eigentumsübertragung?	121
II. Inverkehrbringen bei Konzernvertrieb	123
C. Zustimmung zum Inverkehrbringen des patentgeschützten Gegenstands	124
I. Fallgruppen und Einzelfragen zur Zustimmung	125
1. Lizenzen und vertragliche Beziehungen	125
2. Schlüssiges Verhalten	125
3. Einwilligung und Genehmigung	126
a) Zulässigkeit im Allgemeinen	126
b) Genehmigung durch Entgegennahme von Schadensersatz?	127
II. Anforderungen an die Zustimmung	129
1. Der Verzichtswille	129
2. Die Freiwilligkeit	130
a) Die Freiwilligkeit als elementarer Bestandteil der Zustimmung	130
b) Die Reichweite des Zustimmungserfordernisses	131
aa) Reichweite der Pharmon-Entscheidung	131
bb) Grenzen des Zustimmungserfordernisses	132
D. Ergebnis: Unklarheiten in der Anwendung des Erschöpfungsgrundsatzes	133

Kapitel 4: Der vertragsüberschreitende Gebrauch	135
§ 10 Der vertragsüberschreitende Gebrauch im Patentrecht	135
A. Gesetzliche Ausgangslage	135
I. Regelungsgehalt und Auslegung des § 15 Abs. 2 Satz 2 PatG	135
II. Rechtsfolgen beim vertragsüberschreitenden Gebrauch	137
1. Vertragliche Ansprüche	137
2. Patentrechtliche Ansprüche	138
a) Unterlassungsanspruch	138
b) Schadensersatzanspruch	140
c) Vernichtungs- und Rückrufansprüche	143
d) Auskunft- und Vorlageansprüche	143
e) Anspruch auf Urteilsveröffentlichung	144
f) Verjährung patentrechtlicher Ansprüche	145
3. Strafrechtliche Konsequenzen	145
4. Drittwirkung	147
a) Lizenzvertragsgestaltung und Wertungen der Erschöpfungslehre	147
b) Vertragsüberschreitender Gebrauch und Drittwirkung	148
5. Anwendbares Recht bei grenzüberschreitenden Sachverhalten	149
a) Schutzland-, Vertrags- und Deliktsstatut	149
b) Anwendbares Recht beim vertragsüberschreitenden Gebrauch	150
III. Ergebnis: Praktische Auswirkungen der patentrechtlichen Wirkung	151
B. Die Lizenzbeschränkung im Patentrecht	152
I. Die herrschende Lehre von der Lizenzbeschränkung	153
1. Abgrenzung nach patentrechtlicher und schuldrechtlicher Wirkung	153
a) Die Abgrenzung in der älteren Literatur	153
b) Die Abgrenzung in der jüngeren Literatur	155
c) Terminologische Divergenz und inhaltliche Kongruenz	157
2. Analogie zu urheber- bzw. markenrechtlichen Grundsätzen	158
a) Übernahme urheberrechtlicher Grundsätze	158
b) Übernahme markenrechtlicher Grundsätze	160
3. Die Lizenzbeschränkung in der Rechtsprechung	160
a) Nationale Rechtsprechung	161
aa) Die Bandeisenreifen-Entscheidung des RG	161
bb) Die Spannungsversorgungs-Einrichtung- Entscheidung des LG Mannheim	162
b) Rechtsprechung des EuGH	164

aa) Die Greenstar-Kanzi/Hustin-Entscheidung des EuGH	164
bb) Die IT Development/Free Mobile-Entscheidung des EuGH	167
4. Patentrechtliche Wirkungen und spezifischer Gegenstand	169
II. Die einzelnen Lizenzbeschränkungen und ihre Wirkung	170
1. Wirkung räumlicher Lizenzbeschränkungen	171
a) Herrschende Meinung: Patentrechtliche Wirkung	171
b) Andere Ansichten im Urheberrecht und Übernahme auf das Patentrecht	172
aa) Schuldrechtliche Wirkung von Gebietslizenzen im Urheberrecht	172
bb) Gegenpositionen in der patentrechtlichen Literatur	174
2. Wirkung zeitlicher Lizenzbeschränkungen	175
3. Wirkung von Lizenzbeschränkungen in persönlicher Hinsicht	175
a) Inhalt von Lizenzbeschränkungen in persönlicher Hinsicht	175
b) Wirkung von persönlichen Lizenzbeschränkungen	176
aa) Flexible Gestaltung und pauschalisierte Rechtswirkung	176
bb) Wirkung der unerlaubten Unterlizenzierung	177
(1) Tendenz der Rechtsprechung: Patentrechtliche Wirkung	177
(2) Geteilte Meinungen in der Literatur	179
4. Wirkung inhaltlicher Beschränkungen	180
a) Schwierigkeiten bei der Beurteilung inhaltlicher Beschränkungen	180
b) Wirkung von Beschränkungen auf Nutzungsarten	181
c) Wirkung mengenmäßiger Beschränkungen	183
aa) Wirkung einer Höchstquote	183
bb) Wirkung einer Mindestquote	185
(1) Mindestmengenbeschränkung und Ausübungsverpflichtung	185
(2) Keine einheitliche Beurteilung von Höchst- und Mindestquoten	187
d) Field-of-use-Klauseln	187
aa) Inhalt von Field-of-use-Klauseln	187
bb) Wirkung von Field-of-use-Klauseln	188
e) Bezugsbindungen	189
aa) Inhalt von Bezugsbindungen	189
bb) Wirkung von Bezugsbindungen	190
f) Vertriebsbindungen	191

aa) Inhalt von Vertriebsbindungen	191
bb) Wirkung von Vertriebsbindungen	191
g) Wirkung von Preisbindungen	192
h) Wirkung der Pflicht zur Zahlung von Lizenzgebühren	193
C. Erkenntnisse, Analyse und Kritik	194
I. Der vertragsüberschreitende Gebrauch auf unsicherem Fundament	194
II. Die Lehre von der Lizenzbeschränkung in der Kritik	195
1. Die scheinbare Einigkeit der Lehre von der Lizenzbeschränkung	195
2. Erkennbare Argumentationsmuster und Schwächen in der Rechtsanwendung	196
a) Fehlende Praktikabilität des tradierten Abgrenzungskriteriums	196
b) Ungeklärtes Verhältnis zur und (Nicht-)Beachtung der Erschöpfungsdogmatik	197
c) Rechtsnatur der Lizenz und Lizenzbeschränkung	199
d) Einflüsse aus anderen Schutzrechten	200
III. Ergebnis: Schwächen des tradierten Abgrenzungskriteriums ...	201
<i>§ 11 Der vertragsüberschreitende Gebrauch im Urheber-</i> <i>und Markenrecht</i>	201
A. Urheberrecht	202
I. Gesetzliche Ausgangslage und urheberrechtliche Grundbegriffe	202
1. Inhalt des § 31 UrhG	202
a) Urheberrechtliche Terminologie: Nutzungsrecht, Nutzungsart und Verwertungsrecht	202
aa) Nutzungs- und Verwertungsrecht	202
bb) Die Nutzungsart	203
b) Einräumung von Nutzungsrechten als gebundene Rechtsübertragung	204
2. Die Erschöpfung des Verbreitungsrechts gem. § 17 Abs. 2 UrhG	205
II. Aufspaltung nach Nutzungsarten und Beschränkung der Erschöpfungswirkung	206
1. Die Heiligenhof-Entscheidung des BGH	206
2. Die §§ 17 Abs. 2, 31 Abs. 1 UrhG als dogmatischer Anknüpfungspunkt	207
3. Die abspaltbare Nutzungsart als urheberrechtliches Abgrenzungskriterium	209
III. Der Übertragungszweckgedanke	212
1. Der Übertragungszweckgedanke im Urheberrecht	212
2. Der Übertragungszweckgedanke als allgemeines Prinzip des Immaterialgüterrechts?	213

IV. Vergleich und mögliche Übertragbarkeit auf das Patentrecht . . .	214
B. Markenrecht	216
I. Die Funktionsweise des vertragsüberschreitenden Gebrauchs im Markenrecht	216
1. Gesetzliche Ausgangslage: §§ 30 Abs. 2, 24 MarkenG	216
2. Gesetzssystematischer Zusammenhang zwischen § 30 Abs. 2 und § 24 MarkenG	217
a) Die Copad/Dior-Entscheidung des EuGH	217
b) Verhältnis von § 30 Abs. 2 und § 24 MarkenG und die unterstellte Zustimmung	219
II. Vergleich und mögliche Übertragbarkeit auf das Patentrecht . . .	220
C. Ergebnis: Das Verhältnis von Zustimmung und Erschöpfungsgrundsatz als Schlüssel	221
 Kapitel 5: Das Zusammenspiel von Vertrag, Zustimmung und Erschöpfung	223
§ 12 Ausgangspunkt, Zielsetzung und Methodik	223
A. Ausgangspunkt	223
B. Zielsetzung und Methodik	224
§ 13 Wechselwirkungen von Lizenzbeschränkung und Erschöpfungslehre	225
A. Die Trennungstheorie	225
B. Bewertung nach Rechtsscheingrundsätzen	226
I. Anwendung von Rechtsscheingrundsätzen und Risikozuweisung zum Patentinhaber	226
II. Einordnung in den Diskurs: Parallelen zur Trennungstheorie . . .	228
C. Maßstababbildung anhand der Dogmatik des Erschöpfungsgrundsatzes	229
I. Orientierung an den Wertungen der Erschöpfungslehre	229
II. Erschöpfungsbewirkende und legitimierende Zustimmung	230
III. Die Stüssy-Entscheidung des BGH	232
1. Inhalt der Stüssy-Entscheidung	232
2. Reichweite und Aussagekraft der Entscheidung	233
IV. Konsequenzen für den vertragsüberschreitenden Gebrauch	234
D. Die tatsächliche Zustimmung	234
I. Keine Zustimmung bei lizenzwidrigem Inverkehrbringen	234
II. Konsequenzen und Vergleich zu urheberrechtlichen Lösungen . . .	235
E. Aufgabe des Zustimmungsmerkmals	236
I. Die Gelegenheit zur Verhinderung als Kriterium de lege ferenda . . .	236
II. Einordnung in den Diskurs: Zwei Zustimmungsbegriffe als Ausgangspunkt	237
F. Gegenüberstellung und Stellungnahme	238
I. Argumentative Gegenüberstellung	238

1.	Dogmatischer Ausgangspunkt: Zwei Zustimmungsbegriffe?	238
2.	Berücksichtigung der Wertungen der Erschöpfungslehre ...	240
3.	Risikoverteilung	242
II.	Stellungnahme und Bedarf nach einer Neubetrachtung	243
1.	Stellungnahme und erarbeitete Prämissen	243
2.	Maßstab der Neubetrachtung	244
§ 14	Abgrenzung nach Regelungsbereich und Funktionen	244
A.	Regelungsbereich des Patent- und Vertragsrechts	244
I.	Der zustimmungsüberschreitende Gebrauch	244
II.	Bestimmung der patentrechtlichen Wirkung	246
1.	Maßstab: Konnex zu den zustimmungsbedürftigen Handlungen	246
2.	Einordnung einzelner Beschränkungsarten	248
a)	Patentrechtlich wirkende Beschränkungen	248
b)	Schuldrechtlich wirkende Beschränkungen und Lizenzarten	249
3.	Haftung des Lizenznehmers	250
B.	Zustimmung und Erschöpfungsgrundsatz	250
I.	Relevante Prämissen	250
1.	Der Wortlaut der §§ 9 Satz 2, 15 Abs. 2 Satz 2 PatG	250
2.	Die Doppelfunktion der Zustimmung	251
3.	Der Erschöpfungsgrundsatz als abstrakte Interessenabwägung	251
II.	Auswirkungen auf den vertragsüberschreitenden Gebrauch	252
1.	Stärkere Berücksichtigung der Interessen	252
2.	Bildung differenzierender Kategorien	253
a)	Die erschöpfungsausschließende Wirkung	253
b)	Alleinige patentrechtliche Haftung des Lizenznehmers	254
C.	Der vertragsüberschreitende Gebrauch als dreistufiges Verletzungsmodell	255
I.	Die drei Stufen des vertragsüberschreitenden Gebrauchs	255
II.	Praktische Konsequenzen und Vorteile des dreistufigen Verletzungsmodells	258
1.	Use Case: Verstoß gegen eine Höchstmengenbeschränkung	258
a)	Ausgangspunkt: Umstrittene Fallgruppe	258
b)	Erste Ansicht: Reine Vertragsverletzung	259
c)	Herrschende Meinung: Erschöpfungsausschließende Wirkung	260
d)	Eigener Ansatz: Zustimmungsüberschreitender Gebrauch	261
2.	Berücksichtigung von Dogmatik und Interessen	263
D.	Ergebnis: Differenzierende Lösung mit dem Drei-Stufen-Modell ...	265

E. Der vertragsüberschreitende Gebrauch im EU-Einheitspatent-System	266
Kapitel 6: Die patentrechtliche Zustimmung im Vertragsgefüge	269
§ 15 <i>Rechtliche Qualifikation der patentrechtlichen Zustimmung</i>	269
A. Einführung: Bedeutung der rechtlichen Qualifikation	269
B. Anknüpfung an gesetzlich normierte Institute	270
C. Dogmatische Einordnung der patentrechtlichen Zustimmung	272
I. Die Formen der Nutzungsgewährung im Verhältnis	272
1. Volenti non fit iniuria und die Stufenleiter der Gestattungen	272
2. Die Stufenleiter der Gestattungen im Patentrecht	273
a) Formen der patentrechtlichen Nutzungsgewährung	273
b) Die Zustimmung als kleinstes Element patentrechtlicher Nutzungsgewährung	274
II. Patentrechtliche Zustimmung und Einwilligung	275
III. Dogmatische Weichenstellungen	276
1. Die Zustimmung als Element des Tatbestands	276
2. Die Schnittstelle zwischen Delikts- und Vertragsrecht	278
3. Differenzierung zwischen Persönlichkeits- und Vermögensrechten	279
4. Rechtsgeschäftlicher Ausgangspunkt und Anwendbarkeitsprüfung	279
D. Eigenschaften der patentrechtlichen Zustimmung	280
I. Freiwilligkeit und Irrtümer	280
II. Umgang mit nachträglichen Zustimmungen	282
1. Ausgangspunkt	282
2. Die Doppelfunktion der Zustimmung als Gradmesser	283
III. Bedingung und Beschränkung	284
§ 16 <i>Zustimmung und Vertragsnichtigkeit</i>	286
A. Dogmatische Grundfrage und relevante Fallkonstellationen	286
B. Der kartellrechtliche Rahmen für Patentlizenzverträge	289
I. Das Kartellverbot, Art. 101 AEUV; §§ 1, 2 GWB	289
1. Voraussetzungen und Systematik der Kartellverbotsvorschriften	289
2. Nichtigkeit als unmittelbare Rechtsfolge des Kartellverstoßes	290
II. Die Vorgaben des Lizenzkartellrechts	292
1. Das Lizenzkartellrecht im System des EU-Kartellrechts	292
2. Systematik und Regelungsinhalt der GVO-TT	293
C. Lösungsvorschlag: Differenzierung nach Nichtigkeitsgründen	295

I. Das Schicksal der Zustimmung	295
II. Betrachtung der Rechtsfolgen	297
1. Bereicherungsrechtliche Rückabwicklung bei Vertragsnichtigkeit	297
2. Patentrechtliche Haftung bei Fehlern in der Zustimmung	299
a) Haftung auf Schadensersatz	299
b) Sonstige patentrechtliche Haftung	299
D. Ergebnis: Die Bedeutung der Zustimmung für nichtige Lizenzverträge	300
 Kapitel 7: Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	 303
I. Ausgangspunkt und Ziel der Untersuchung	303
II. Lizenz und Lizenzvertrag	303
III. Voraussetzungen und Zielsetzungen der Erschöpfung	305
IV. Der vertragsüberschreitende Gebrauch	307
V. Das Zusammenspiel von Vertrag, Zustimmung und Erschöpfung	308
VI. Die patentrechtliche Zustimmung im Vertragsgefüge	309
VII. Schlussbetrachtung	310
 Literaturverzeichnis	 311
 Register	 327